

18. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Keine Ehrungen durch das Land Berlin und keine öffentlichen Auftritte des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan anlässlich seines Staatsbesuchs am 28. und 29. September 2018 in Berlin außerhalb des nötigen, von der Bundesregierung vorgesehenen Protokolls

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan anlässlich seines Staatsbesuchs am 28. und 29. September 2018 in Berlin keine Ehrungen durch das Land Berlin wie z.B. eine Eintragung in das Goldene Buch von Berlin zuteilwerden und keine öffentlichen Auftritte außerhalb des nötigen, von der Bundesregierung vorgesehenen Protokolls gewährt werden.

Begründung

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan für den 28. und 29. September 2018 zu einem Staatsbesuch in Deutschland eingeladen. Es wird sein erster Besuch seit der Übernahme des Präsidentenamts vor vier Jahren sein.

Nach einem Putschversuch im Juli 2016, den Erdoğan seinem einstigen Weggefährten und späteren Erzfeind Fethullah Gülen und seiner Bewegung zurechnet, hat der autoritär regierende Präsident die Türkei mit einem Ausnahmezustand und harten Maßnahmen gegen Staatsbedienstete und die Zivilgesellschaft massiv verändert. Im Visier stehen alle kritischen und unliebsamen Personen, die mit dem Vorwurf der nunmehr von der türkischen Regierung als terroristisch eingestuften Gülen-Bewegung anzugehören aus dem Weg geräumt werden sollen.¹

Mittlerweile sitzen 80.000 Menschen darunter Journalisten, Aktivisten und Parlamentarier wegen Terrorismusverdacht im Gefängnis, mehr als 150.000 Staatsbedienstete sind entlassen

¹ <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2017/tuerkei>

oder suspendiert.² Mehr als ein Drittel der türkischen Richter und Staatsanwälte wurde entlassen oder inhaftiert. Die Medienlandschaft wurde von regierungskritischen Stimmen derart gesäubert, dass Kritik an der Regierung im vergangenen Jahr fast völlig aus Radio, Fernsehen und den Printmedien verschwunden ist. Hunderte Medienunternehmen und NGOs wurden per Regierungserlass willkürlich und dauerhaft geschlossen, die Versammlungsfreiheit ist stark eingeschränkt.³ Amnesty International hält hierzu fest: „Tausende Strafverfahren wurden nur aufgrund der friedlichen Wahrnehmung des Rechts auf freie Meinungsäußerung angestrengt; hierzu wurden Anti-Diffamierungsgesetze und konstruierte Anklagen im Zusammenhang mit Terrorismus herangezogen.“⁴

Dem Jahresbericht 2017 von Amnesty International zufolge gab es auch Belege dafür, dass nach dem Putschversuch Festgenommene gefoltert wurden. Der Bericht prangert in diesem Zusammenhang an, dass Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitskräfte weiterhin straffrei bleiben, Untersuchungshaft willkürlich und zu Bestrafungszwecken verhängt wird und Gerichtsverfahren unfair sind.⁵ Die Organisation „Human Rights Watch“ veröffentlicht auf ihrer Webseite Aussagen von Polizisten gegenüber Festgenommenen: „Aufgrund des Ausnahmezustandes wird sich niemand um dich kümmern, wenn ich dich erschiesse. Ich werde einfach sagen, dass ich dich erschoss, während du versucht hast zu fliehen.“ „Von hier wirst du es nicht lebend rausschaffen. Wir haben noch 30 Tage.“⁶

Auch deutsche Staatsbürger sind von den gravierenden politischen Veränderungen in der Türkei betroffen. Derzeit sitzen noch sieben Deutsche „ohne nachvollziehbaren Grund“ – wie es Bundesaußenminister Heiko Maas vor wenigen Tagen gegenüber der "Bild am Sonntag" formulierte - in türkischer Haft. "Menschen müssen seit über einem Jahr Einzelhaft ertragen, ohne dass Anklageschriften vorliegen. Diese Zustände sind unhaltbar und müssen beendet werden."⁷

Nach Angaben des Vereins „Reporter ohne Grenzen e.V.“, die deutsche Sektion der internationalen Organisation „Reporters sans frontières“, gehört die Türkei heute zu den Ländern mit den meisten inhaftierten Journalisten weltweit.⁸

Die Süddeutsche zitierte den türkischen Wirtschaftsminister Nihat Zeybekçi im August 2016 nach dem Putschversuch und kommentierte sie als „totale Finsternis“, in die das Land gerissen wird: „Wir werden sie so hart bestrafen, dass sie flehen werden: „Lasst uns sterben, damit wir erlöst werden!“ Wir werden sie zwingen, uns anzuflehen. Wir werden sie in so tiefe Löcher werfen, dass sie kein Sonnenlicht mehr sehen, solange sie atmen. „Tötet uns“, werden sie uns anflehen. Selbst wenn wir sie hinrichteten, fände mein Herz keinen Frieden. Sie werden in zwei Quadratmeter großen Löchern sterben wie Kanalaratten.“⁹

Die EU-Europaminister stellten Ende Juni dieses Jahres in Luxemburg fest, "dass die Türkei sich von der Europäischen Union weiter entfernt hat". Sie erklärten die anhaltenden Rückschritte bei Rechtsstaatlichkeit, Grundrechten und Meinungsfreiheit als zutiefst besorgniser-

² <https://www.n-tv.de/politik/Merkel-will-heisse-Eisen-anpacken-article20563816.html>

³ <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2017/tuerkei> und <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2018/tuerkei>

⁴ <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2018/tuerkei>

⁵ <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2017/tuerkei>

⁶ <https://www.hrw.org/report/2016/10/25/blank-check/turkeys-post-coup-suspension-safeguards-against-torture>

⁷ <https://www.n-tv.de/politik/Maas-schliesst-Finanzhilfen-fuer-Tuerkei-aus-article20602931.html>

⁸ <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/tuerkei/>

⁹ <http://www.sueddeutsche.de/kultur/tuerkisches-tagebuch-xii-sie-werden-sterben-wie-kanalaratten-1.3102899>

regend und kritisierten das Vorgehen gegen Journalisten, Akademiker, Menschenrechtler, Oppositionspolitiker und Nutzer sozialer Medien scharf.¹⁰

Vor dem Hintergrund der angespannten Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei will die Bundeskanzlerin Angela Merkel nach Aussagen der Vize-Regierungssprecherin Ulrike Demmer auch Streitfragen und Differenzen während des Staatsbesuchs mit erörtern.¹¹

Das Land Berlin sollte daher ein deutliches Zeichen für unsere Werte der Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte setzen und den Verursacher der dramatischen Zustände in der Türkei weder würdigen und als Ehrengast empfangen, noch ihm eine Möglichkeit für öffentliche Auftritte außerhalb des nötigen, von der Bundesregierung vorgesehenen Protokolls geben. Ein solch konsequentes Einstehen für unsere Werte sendet zudem ein unterstützendes Signal an alle unschuldigen Menschen in unserem Land mit türkischen Wurzeln, die seit den massiven Veränderungen nicht mehr ohne Angst und Folgen in das Land ihrer Mütter und Väter reisen können.

Durch das Unterbleiben öffentlicher Auftritte werden auch Gefahren möglicher Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern Erdogans im Rahmen innertürkischer Konflikte auf Berliner Boden minimiert.

Berlin, den 4. September 2018

Pazderski Hansel
und die übrigen Mitglieder der Fraktion

¹⁰ <https://www.tagesschau.de/ausland/eu-tuerkei-201.html>

¹¹ <https://www.n-tv.de/politik/Merkel-will-heisse-Eisen-anpacken-article20563816.html>